

Fragebogen

Neue Datenbearbeitungsinstrumente für die Polizei und erweiterter Polizeigewahrsam: Vernehmlassungsverfahren zu Änderungen des Gesetzes über die Luzerner Polizei

vom 29. April bis 27. August 2021

Bitte bis **27. August 2021** per E-Mail einsenden an: vernehmlassungen.jsdds@lu.ch

Eingereicht von:

Name/Organisation	SVP Kanton Luzern
Kontaktperson	Thomas Schärli
Adresse	Sekretariat
PLZ Ort	6000 Luzern
Telefon	041 / 250 67 67
E-Mail	fraktion@svplu.ch

Ort und Datum	09.08.2021
---------------	------------

1. Automatische Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung (AFV)
(§ 4^{quinquies} Entwurf 1; Erläuterungen Kap. 2.1 und 3.1)

Es soll die gesetzliche Grundlage für die automatische Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung (AFV) wie auch für den Zugriff auf die Kameras des Bundesamtes für Strassen geschaffen werden. Das System kann Kennschilder von vorbeifahrenden Fahrzeugen einlesen und deren Halterinnen oder Halter erkennen. Bei gestohlenen Fahrzeugen oder gesuchten Straftäterinnen oder Straftätern ergeht eine Warnung an die Polizei, die wiederum die notwendigen Massnahmen treffen kann. So können Fahrzeuge gestoppt und gesuchte Personen gefasst werden.

1.1 Sind Sie damit einverstanden, dass die Luzerner Polizei die AFV einsetzen und zu den oben beschriebenen Zwecken auf die Kameras des Bundesamtes für Strassen zugreifen kann?

☒ **Ja, aber der Datenschutz muss zwingend gewährleistet sein.**

☐ Nein, nämlich:

1.2 Die AFV soll ausschliesslich zur Entdeckung und Verfolgung von Verbrechen und Vergehen sowie zur Fahndung nach Personen und gestohlenen Fahrzeugen eingesetzt werden. Sie soll entgegen dem Mustergesetzestext der KKJPD nicht dafür eingesetzt werden, um nach Personen mit entzogenen oder nicht vorhandenen Führerausweisen zu fahnden. Sind Sie damit einverstanden?

☒ **Ja**

☐ Nein, nämlich:

1.3 Sind Sie mit der vorgesehenen Bearbeitungs- beziehungsweise Vernichtungsfrist von 100 Tagen einverstanden oder würden Sie eine kürzere Frist von 30 Tagen vorziehen?

☒ **100 Tage**

☐ 30 Tage

Bemerkungen: Diese Aufbewahrungsdauer orientiert sich an der gesetzlich vorgesehenen Strafantragsfrist von drei Monaten und ist somit dem Gesetz über die Videoüberwachung gleichzustellen.

2. Lage- und Analysesysteme im Bereich der seriellen Kriminalität
(§ 4^{sexies} Entwurf 1; Erläuterungen Kap. 2.2 und 3.1)

Es soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Luzerner Polizei Lage- und Analysesysteme zur Bekämpfung der Serienkriminalität, wie beispielsweise Picar und Picsel, einsetzen kann. Solche Systeme erkennen Muster der begangenen Delikte und können so feststellen, welche Delikte von der gleichen Täterschaft begangen wurden und wo in der nahen Zukunft mutmasslich weitere ähnliche Straftaten begangen werden.

2.1 Sind Sie damit einverstanden, dass die Luzerner Polizei zur Bekämpfung der Serienkriminalität Lage- und Analysesysteme einsetzen und die dafür notwendigen Daten mit Behörden anderer Kantone und des Bundes austauschen kann?

☐ Ja

☒ **Nein, nämlich: Da eine klare Definition der Seriendelikte fehlt, beurteilen wir die Einführung eher als kritisch. Es muss verhindert werden, dass alle Personen unter Generalverdacht gestellt werden. Kann diese Frage im Rahmen der Botschaft befriedigend beantwortet werden, können wir die Unterstützung in Aussicht stellen.**

2.2 Sind Sie mit den für den Einsatz von Lage- und Analysesystemen vorgesehenen Regeln einverstanden, insbesondere mit der absoluten Vernichtungsfrist von 5 Jahren (§ 4^{sexies} 3b)?

☒ **Ja (gegeben die Rechtsgrundlage wird überhaupt geschaffen)**

☐ Nein, nämlich:

3. Gemeinsame Einsatzleitzentrale

(§ 4^{septies} Entwurf 1; Erläuterungen Kap. 2.3 und 3.1)

Es soll eine gesetzliche Grundlage für den Datenaustausch geschaffen werden, der für eine interkantonale Einsatzleitzentrale nötig ist. Der Vorteil einer solchen zeigt sich insbesondere bei einem Ausfall einer Einsatzleitzentrale oder deren Überlastung wegen ausserordentlichen Ereignissen wie einem Amoklauf oder einer Grossveranstaltung. Die Gesetzesnorm ist so formuliert, dass sie nicht nur für das aktuelle Zusammenarbeitsprojekt «Vision 2025» der Zentralschweizer Kantone herangezogen werden kann, sondern auch anderen vergleichbaren Projekten dienen kann. Sind Sie damit einverstanden?

☒ **Ja,**

☐ Nein

Bemerkungen: Einer gemeinsamen Einsatzleitzentrale für die Zentralschweizer Kantone mit der vorgesehenen Achsenlösung stehen wir positiv gegenüber.

Für die Führung dieser gemeinsamen Einsatzzentrale sollte wie vorgeschlagen ein Konkordat in der Form des interkantonalen Polizeidienstes vorgesehen werden.

4. Datenaustausch bei polizeilichen Ermittlungen und zur Darstellung von Lagebildern; (§ 4^{octies} Entwurf 1; Erläuterungen Kap. 2.4 und 3.1)

Die Luzerner Polizei soll sich an Datenbearbeitungssystemen des Bundes und der Kantone beteiligen können. Das betrifft zum einen Datenbearbeitungssysteme im Dienste der Vorermittlung oder der Ermittlung innerhalb von Strafverfahren und zum anderen Datenbearbeitungssysteme zur Darstellung eines Lagebildes.

Sind Sie damit einverstanden?

☒ **Ja, im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung muss die Schweiz als ein einheitlicher Kriminalitätsraum betrachtet werden.**

☐ Nein, nämlich:

5. Polizeigewahrsam zur Sicherstellung von Vor- oder Zuführungen (§ 16 Absatz 1d Entwurf 2; Erläuterungen Kap. 2.6 und 3.2)

Sind Sie damit einverstanden, dass eine gesetzliche Grundlage für den Polizeigewahrsam zur Sicherstellung von Vor- oder Zuführungen geschaffen wird? Konkret sollen dadurch vor allem Zuführungen zu einem Betreibungsamt oder zu einem Pfändungsverfahren ermöglicht werden.

☒ **Ja**

☐ Nein, nämlich:

6. Weitere Bemerkungen?

Durch die neuen Datenbearbeitungsinstrumente der Luzerner Polizei erhoffen wir die Arbeit zu erleichtern und die Effizienz in wichtigen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung zu steigern. Zudem sollte die Zusammenarbeit mit anderen Polizeikörpern besser und effizienter werden. Damit werden Ressourcen für andere Polizeiaufgaben frei. Wir erwarten im Rahmen der Jahresberichte eine Rückmeldung, welche Ressourcen dank der technischen Hilfsmittel frei werden.



Justiz- und Sicherheitsdepartement
Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern

Telefon 041 228 59 17
www.lu.ch
justiz@lu.ch